

## **Die Ministerinnen Bauer und Warminski-Leitheußer begehen mit Reform der Lehramtsstudiengänge eklatanten Fehler.**

Die neuen Ministerinnen Theresia Bauer (Wissenschaftsministerin) und Gabriele Warminski-Leitheußer (Kultusministerin) begehen mit der Reform der PH-Lehramtsstudiengänge einen eklatanten und unverantwortlichen Fehler.

Nachdem insbesondere Theresia Bauer in der letzten Woche noch von sich reden machte, indem sie die Reform aller Lehramtsstudiengänge ankündigte, unterschrieb sie jetzt die noch aus schwarz-gelber Zeit stammende Gesetzesänderung zum Lehramt an den Pädagogischen Hochschulen. Zu diesen Änderungen gehören zum einen eine Einteilung der Studiengänge nach Primar- und Sekundarstufe, welche begrüßenswert ist. Andererseits gibt es aber auch gravierende Änderungen im Bereich der Fachwissenschaften und bei der Struktur des gesamten Studiums.

Aus dem Koalitionsvertrag von grün-rot wird jedoch deutlich, dass die neue Landesregierung eine grundlegende Reform des Schulsystems in Baden-Württemberg plant. Sowohl die Schulreform als auch die Reform der LehrerInnenbildung sind zwar grundsätzlich zu begrüßen. Doch die aktuelle Reform der Lehramtsstudiengänge geht in eine vollkommen falsche Richtung und verhindert grundlegende Studien- und Schulreformen in dieser Legislaturperiode, da es den Hochschulen schlichtweg unmöglich ist, gleichzeitig mit drei verschiedenen Rahmenprüfungsordnungen zu arbeiten.

Insbesondere verliert das Studium des Grundschullehramts im Bereich der fachlichen Kompetenzen durch die Reformen deutlich an Qualität. Dies führt einen Trend fort, der die LehrerInnen zu "Universaldilettanten" ausbildet. Dieser Qualitätsverlust verstärkt sich in den Studiengängen des Europalehramts. Durch den Wegfall der verlängerten Regelstudienzeit müssen die essentiellen bilingualen Aspekte dieser Studiengänge auf Kosten von Fachwissenschaften und Pädagogik studiert werden.

Die grün-rote Landesregierung steht mit dieser nun besiegelten Lehramtsreform ganz in der Tradition ihrer VorgängerInnen, Reformen ohne ausreichende Einbindung der Betroffenen und Entscheidungen über die Köpfe derjenigen hinweg zu beschließen, die es umsetzen müssen. Die SchülerInnen der kommenden Jahre werden diesen wenig durchdachten Reformversuch ausbaden müssen. Die Landes-ASten-Konferenz fordert von der aktuellen Regierung einen bedeutend reflektierteren Umgang in Bezug auf die Lehramtsumstrukturierungen. Es ist inakzeptabel, Fehler der Vorgängerregierung, welche man zuvor noch scharf kritisierte, unbesehen zu übernehmen.

Die Erwartungen waren von Seiten der Studierenden höher gesetzt und wurden enttäuscht. Es ist jedoch trotz dieses Verhaltens selbstverständlich, dass die Studierenden sich auch weiterhin an allen folgenden Prozessen konstruktiv beteiligen werden. Voraussetzung hierfür ist aber die Bereitschaft der zuständigen Ministerien, sie anzuhören und ernst zu nehmen, anstatt sich auf bloße Lippenbekenntnisse zur "Beteiligung auf Augenhöhe" einzulassen.